

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 11

Rubrik: Brief und Antwort

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Litauen

cb. Für heute bringen wir in dieser Rubrik einen Brief und zwei Antworten. Ein Brief an mich enthält eine Beanstandung meiner Behandlung der Litauenthematik; die angefochtene Linie (vorrangiges Verständnis für den Moskauer Standpunkt) scheint mir allerdings eher die Sache von Dr. Peter Sager zu sein als von mir. Deshalb habe ich ihm die Einsendung vorgelegt, und deshalb antwortet auch er anschliessend an meine Entgegnung auf diesen an mich gerichteten Brief.

Der Brief

(Zeitbild-Kommentar von Christian Brügger zum sowjetischen Sezessionsgesetz in Nr. 9/1990, S. 5)

Sehr geehrter Herr Brügger

Die letzte Nummer von Zeitbild und einen Ihrer Kommentare habe ich mit tiefem Bedauern gelesen.

Es wird immer nur vom Austritt einer Sowjetrepublik aus der Sowjetunion gesprochen, vor allem beim Thema Litauen.

Nach meiner Meinung wird hier völlig Ungleiches miteinander verglichen. Die baltischen Staaten sind im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes *annektiert* worden. Wenn diese Annexion rückgängig gemacht wird, so ist

dies – und darauf sollte der Westen dauernd hinweisen – die Rückführung aus einem illegalen Zustand in einen legalen Zustand und nicht umgekehrt. Der Leser von Zeitbild würde erwarten, dass diese Tatsache dort wiederholt klar und deutlich herausgestrichen würde.

Zurückhaltung gegenüber dem Kreml ist das falscheste, was der Westen üben kann. Es scheint mir sogar für den Westen recht heilsam zu sein, dass die Friedenschalmeien des Herrn Gorbatschow sich, wenn es sich um Taten handelt und nicht um leere Worte, bald als der berühmte «Fetzen Papier» herausstellen werden. Die Entwicklung im Osten, die uns so zu blenden scheint, war nicht eine freundliche Geste, sondern realistische Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse, Ohnmacht bis zu einem gewissen Grad, Einlullung des Westens usw.

Soll der Westen wirklich einmal mehr aus Feigheit (1956/1968) von der Sowjetunion annektierte Länder im Stich lassen?

Ihren Äusserungen sehe ich mit Interesse entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

H. R. H.

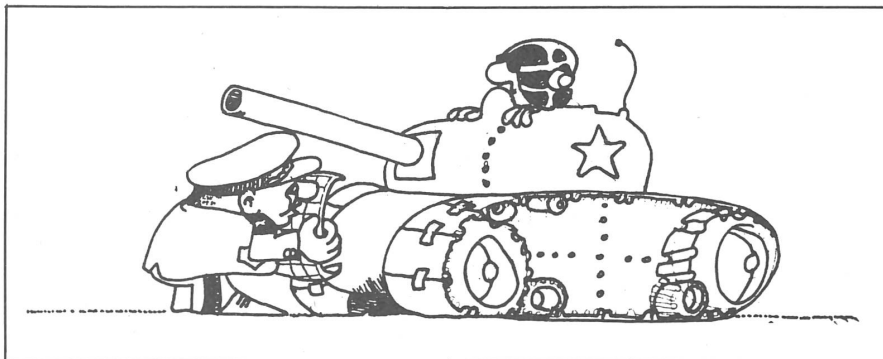
Antwort
von Christian Brügger

Sehr geehrter Herr Dr. H. R. H.

Ihr Brief führt uns, wie es viele Briefe schon zuvor getan haben, mitten in die brisante Thematik der nationalen Emanzipation in der UdSSR, und manchmal kriege ich das Gefühl, dass man bei dieser Thematik dazu verurteilt ist, missverstanden zu werden, was immer man schreibt. Ich glaube, dass auch Ihrer Beanstandung an meinem Kommentar eigentlich ein Missverständnis zugrunde liegt, wiewohl Sie mit Ihrem Vorwurf formell durchaus recht haben.

Tatsächlich habe ich in jenem Text nur vom potentiellen Austritt von Sowjetrepubliken gesprochen und dabei Litauen als Beispiel angeführt, ohne explizit auf die (im Vorspann zur Wiedergabe des sowjetischen Sezessionsgesetzes enthaltene) Tatsache einzugehen, dass Litauen keinen Austritt beansprucht, weil es geltend macht, der UdSSR nie rechtens beigetreten zu sein. Konsequenterweise hat Litauen (wie kurz zuvor schon Georgien und wie danach auch Lettland und Estland) die Wiederherstellung der Legalität proklamiert und nicht den Austritt aus der UdSSR. Anders hätte es seine bisherige Zugehörigkeit zur UdSSR bejaht, und gerade das wollte es nicht tun. Das ist der Punkt, auf den es Ihnen ankommt, und vollständigshalber darf ich anfügen, dass er in der gleichen Zeitbild-Nummer sowohl am Schluss des Kommentars von Georg Bruderer (S. 7) als auch in meinem Editorial (S. 3) berücksichtigt worden ist. Und noch mehr: Wir alle in diesem Haus stimmen ihm zu; niemandem hier käme es in den Sinn zu bestreiten, dass Litauen (wie auch die andern baltischen Länder) 1940 von der Sowjetunion im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes zu Unrecht annektiert worden ist.

Nun habe ich in jenem Kommentar tatsächlich das Austrittsrecht der Sowjetrepubliken und namentlich Litauens so untersucht, als ob sie alle rechtens zur UdSSR gehörten, und ich begreife durchaus, dass Sie daran Anstoss genommen haben. Aber ich hatte einen doppelten Grund, es in diesem speziellen Fall zu tun, einen methodischen und einen sachlichen.



Bei den Sowjettruppen in Ungarn: «Bis auf Gegenbefehl ist der Suezkanal im Baltikum zu suchen.» («Ludas Matyi», Budapest, 9. 5. 1990.) Der Witz nimmt Bezug auf das Jahr 1956. Damals war den sowjetischen Invasionstruppen für Ungarn angeblich bedeutet worden, sie würden zur Lösung der Suezkrise eingesetzt.

Der *methodische* Grund ist der, dass ich zum damals neuen sowjetischen Sezessionsgesetz einen Kommentar schrieb, und zwar (wie ich ausdrücklich vorausschickte) im Sinne einer inhaltlichen Erläuterung unter Vorbehalt aller politischen Kommentierung. Bei einem solchen Vorhaben geht es darum zu zeigen, was das Gesetz enthält, wenn man es zu seinem Nennwert nimmt. Hier geht es um die deklarierte Zielsetzung, um den Erfüllungsgrad, um die Kohärenz und die Logik der Bestimmungen, um die Kenntnis der Begriffe (zum Beispiel «nationale Gruppe»), die darin vorkommen. Ich hatte es als grosses Manko empfunden, dass dieses Gesetz im Westen ohne diese schlichte Voraussetzung diskutiert worden war. So bin ich selber, nachdem ich schon etliche Westkommentare dazu gelesen hatte, erst durch die Lektüre des wörtlich übersetzten Textes darauf gekommen, dass er das *Recht* auf Sezession (Artikel 72 der Sowjetverfassung) in ein Recht auf *Antrag* zur Sezession umwandelte. Bis dahin hatte ich nur von gehäuften Erschwernissen gelesen, aber nichts von dieser qualitativen Umwandlung, die objektiv verfassungswidrig ist. Bei diesem Kommentar stand also nicht das Unabhängigkeitsrecht der baltischen Länder zur Debatte, sondern das Austrittsrecht der (nicht nur baltischen) Sowjetrepubliken *laut sowjetischem Selbstverständnis*.

Der *sachliche* Grund aber ist der, dass der Austritt von Sowjetrepubliken *das* ist, was die real bestehende Sowjetmacht den baltischen und sonstigen Ländern als Alternative zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung anzubieten hat und tatsächlich anbietet. Somit dient das Gesetz als Prüfstein für die sowjetische Argumentationsbasis ganz unabhängig davon, ob man den sowjetischen Ansprüchen auf die fraglichen Territorien

zustimmt oder nicht. Als Ergebnis dieser Prüfung stellt sich heraus, dass das verfassungsmässige Austrittsrecht zu einem Recht auf Austrittsbeantragung zurückgedreht wird, und das ist realpolitisch auch für jene Länder von Belang, die aus Gründen ihrer rechtlichen Nichtzugehörigkeit gar nicht den Austritt geben wollen. Zum Beispiel war den Balten diesen Frühling – nicht zuletzt von westlicher Seite – nahegelegt worden, ihre juristisch-völkerrechtlichen Ansprüche einseitig hintanzustellen und lieber von den Möglichkeiten des kommenden Sezessionsgesetzes den angebotenen Gebrauch machen; auf diese Weise würden sie unter Vermeidung einer allgemeinen Krise zur guten Zeit doch zu ihrem Recht kommen. Schon deshalb ist das Gesetz, das nunmehr vorliegt, nach seinem Eigenwert zu untersuchen; es stellt einen Glaubwürdigkeitstest für die Zentralgewalt dar.

Ihn im Ausland vorzunehmen, ist zudem deshalb wichtig, weil die diesbezügliche Argumentation im Baltikum selbst eine heikle Sache ist. Man muss dort immer auf der Hut davor sein, den Anschein folgender Logik zu erwecken: Erstens haben wir es nicht nötig, den Austritt zu geben, und zweitens verlangen wir eine brauchbare Austrittsgesetzgebung. Hier kann ein unbelasteter Beobachter viel besser als der Betroffene selbst die Güte der Gegenposition untersuchen, und diese bedarf der Untersuchung.

Nun aber zu dem von Ihnen (und etlichen andern Einsendern) postulierten Verhaltenssoll des Westens. Dass er tatsächlich Zurückhaltung gegenüber «dem Kreml» übt, ist zunächst – ob falsch oder nicht – eine Selbst-

verständlichkeit der jeweiligen Interessenslage. Deutschland braucht für seine Wiedervereinigung die Zustimmung aus Moskau und nicht aus Vilnius; Investoren denken an die riesige Sowjetunion und nicht an das winzige Estland und so weiter; die Rangfolge der Wichtigkeit ist da vorgegeben.

Aber dann: ist das falsch? Im Unterschied zu früher gilt die westliche Zurückhaltung heute schlimmstenfalls einer Grossmacht in voller Bewegung, und bestenfalls gilt sie sogar der Bewegung selbst, die man nicht aufs Spiel setzen will (soweit man das vom Westen aus überhaupt noch tun kann). Die Sowjetführung hat Änderungen angelassen und (immer mehr) zugelassen, welche das Ende der gehabten Ordnung verheissen und mit wachsender Beschleunigung auch bringen. Und «der Kreml» selbst ist da eine unbestimmbare Grösse geworden.

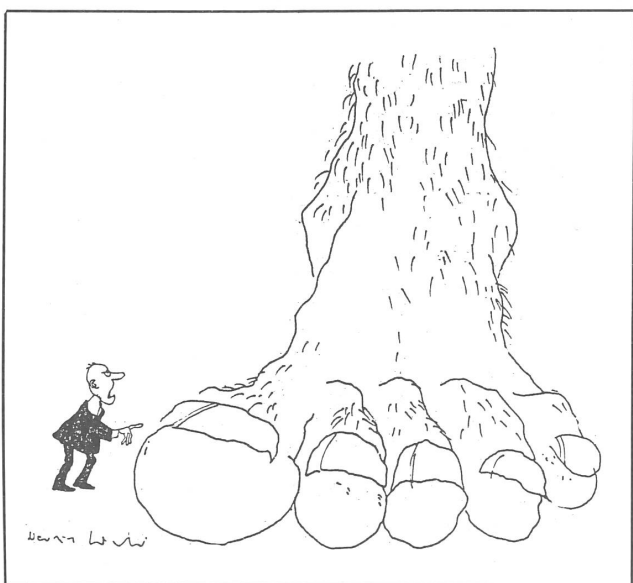
Dass die Führung diesen Prozess ursprünglich aus Not und nicht aus Tugend in Gang setzte, lasse ich Ihnen gelten, aber mittlerweile ist die Unterscheidung müssig geworden. Aus dem seinerzeitigen Reformzwang zwecks Systemrettung ist schon längst der Zwang geworden, die Umgestaltung aller bestehenden Verhältnisse sowohl zu machen als auch zu erfahren. Mir scheint es, dass sich diese beiden Elemente schon gar nicht mehr säuberlich unterscheiden lassen: Alles treibt, und alles wird getrieben. Das dürfte übrigens wohl ein Merkmal von echten Umbruchsperioden sein.

In diesem Sinne erübrigt sich auch die Frage nach «Friedensschalmeien», die man dem Gegner mit Täuschungsabsicht vorspielen würde. Als schlüssiges Einzelmotiv bietet sich das sowjetische Verhalten gegenüber Osteuropa an. Wenn «der Kreml» diese Länder noch letztes Jahr zum Reformkommunismus anregen wollte, hat er inzwischen nolens volens zugelassen, dass dort gleich der ganze, nicht reformierbare Sozialismus über Bord ging.

Wenn schon, ertönen die «Schalmeien» eher andersherum aus Ost-Berlin oder Prag in Richtung Osten: «Wir danken dir, grosser Bruder, dass du uns den Anstoss zu unserer Entwicklung gegeben hast.» Die klassische Besänftigungsmelodie des Kindes, das mit der Ordnung des Elternhauses endgültig gebrochen hat.

Freilich kann das sowjetinterne Verhalten ja immer noch anders aussehen, und Sie prognostizieren denn auch (als «heilsam für den Westen»); als ob es das wäre, was dann noch wichtig sein würde) ein sowjetisches Durchgreifen im Baltikum à la Budapest 1956 oder Prag 1968.

Das wäre nach meinem Dafürhalten das Ende der freiwilligen Perestrojka und der Beginn der Revolution mit andern Mitteln. Aber die Wahrscheinlichkeit einer solchen Machtprobe halte ich für gering, weil dann in der Sowjetunion zu viele Kräfte an zu vie-



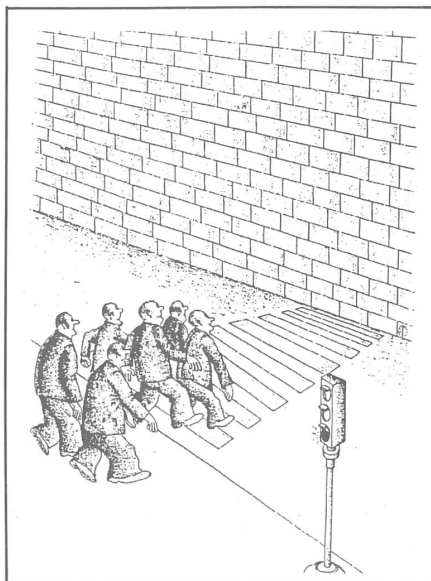
«Auch wenn uns die Geschichte zum Zusammenleben verurteilt hat, wollen wir einander wenigstens nicht auf die Zehen treten!» («Szpilki», Warschau, Nr. 50/1989)

len Orten explodieren würden, und das weiss man in Moskau, denn man hat schon annähernde Präzedenzfälle.

Vor gut einem Jahr intervenierten Sowjetstreitkräfte (auf mutmasslich eigenmächtigen Befehl eines Armeeführers) gewaltsam mit Spaten und Giftgas gegen eine Grossdemonstration in Tiflis; es gab gab einige Dutzend Tote und viele Verletzte. Aber es gab keinen Abschreckungseffekt; im Gegenteil. Eine Welle der Empörung ging durch den Vielvölkerstaat und führte im Obersten Sowjet zur Einsetzung von Kommissionen, welche die Verbrechen des eingesetzten Militärs untersuchten. In Georgien selbst schlug die Stimmung der Bevölkerung vom Autonomismus zum Separatismus um, den der Kreml von da an nicht mehr am georgischen Beispiel zu brandmarken wagte. Und als Georgien dieses Jahr kurz vor Litauen als erste Sowjetrepublik seine Nichtzugehörigkeit zur UdSSR erklärte (in der vorweggenommenen «lettischen» Variante, die Verwirklichungsmodalitäten mit Moskau aushandeln zu wollen), wurde das geradezu als Nichtereignis behandelt.

Aber auch das sowjetische Wirtschaftsembargo gegen Litauen und die vereinzelt Gebäudebesetzungen durch das Militär haben schon Solidarierungsreflexe quer durch die Völker von Russen und Nichtrussen ausgelöst. Im April wurde in Sibirien ein unabhängiger Gewerkschaftsbund gegründet, und zu seinen ersten Verlautbarungen gehörte eine Verurteilung aller Gewaltmassnahmen gegen Litauen. Ähnliche Solidarierungen gab es am 1. Mai unter den (vorwiegend russischen) Demonstranten in Moskau und anderswo. Schliesslich enthält die sowjetische Zentralpresse die Warnung, den Bogen nicht zu überspannen, in beide Richtungen: an die Adresse der litauischen Führung und an die Adresse der Sowjetführung.

Tatsächlich sind heute beide Seiten darin gehemmt, ihre unvereinbaren Positionen



«Krokodil», Moskau, Nr. 34/1989

(Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur UdSSR) restlos geltend zu machen. In Vilnius weiss man, dass Litauen ohne sowjetische Zulassung keine Chance hat, und in Moskau weiss man, dass es katastrophal wäre, die Schleusen an einem Damm dicht zu machen, der schon insgesamt brüchig geworden ist. Instinktiv ringen alle Beteiligten um einen Kompromiss. Er kann zwar keine «saubere» Lösung darstellen, aber er kann (wenn alle andern Faktoren der Umbruchszeit nicht ihrerseits ausser Kontrolle geraten) immer noch verhindern, dass das Ende von System und Imperium ein blutiges wird. Die Revolution findet schon statt. Aber es ist denkbar und auf jeden Fall anzustreben, dass sie friedlich verläuft.

Nun folgt, wie angekündigt, die Entgegnung von Peter Sager auf Ihren Brief. Er nimmt mich einleitend vor dem Eventualvorwurf in Schutz, dem Kreml gegenüber ungebührlich zurückhaltend zu sein, und ich nehme ihn dafür vor dem Eventualvorwurf in Schutz, mit seiner Antwort meine eigene Erwiderung auf Ihren Brief präjudizieren zu wollen. Tatsächlich ist er durch Ihre Bemerkungen zum westlichen Verhalten mehr anvisiert als ich und stellt sich aus diesem Grunde Ihren Vorhaltungen.

Unsere beiden Beurteilungen der nationalen Frage in der UdSSR sind nicht inhaltsgleich. So sieht Dr. Sager in der litauischen Unabhängigkeitserklärung einen schweren Fehler im Sinne einer Krisenverursachung. Ich meinerseits verneine die Möglichkeit eines litauischen Übereilungsfehlers keineswegs, sehe ihn aber vorrangig als Symptom der schon bestehenden Krise und als Folgefehler der sowjetischen Führungsfehler. «Litauens Beschluss ist der beste Beweis dafür, dass sich die Perestrojka bei der Lösung der Probleme der Republikensouveränität katastrophal verspätet», schreibt Vitali Tretjakow, sowjetischer und russischer Redaktor von «Moskowskije Nowosti», und zur Verspätungsfrage gesellt sich meiner Beurteilung nach auch die Verknüpfungsfrage.

Indessen halte ich die baltischen Vorstösse und insbesondere den vorsätzlich provokativ gewählten litauischen Vorstoss durchaus für gefährlich, ja brandgefährlich, trotz der Moskauer Mitverantwortung dafür. Wichtiger als die Beurteilungsdifferenzen scheinen mir die grundsätzlichen Übereinstimmungen zwischen Dr. Sager und mir in den eigentlichen Hauptfragen zu sein.

Wir beide anerkennen das Recht der baltischen Republiken auf Unabhängigkeit, und wir beide anerkennen, dass es unabdingbar auf die Gesamtwirkung ankommt, wenn es darum geht, es geltend zu machen. Keiner von uns begehrt Verrat an den baltischen Ländern, und keiner von uns begehrt Verrat an der Perestrojka. Wir nehmen beide teil an einer lebendigen Diskussion, und wir lassen uns nicht in eine falsche Konfrontation manövrieren, nicht einmal von unsern treuesten Lesern.

Christian Brügger

Antwort von Peter Sager

Sehr geehrter Herr Dr. H. R. H.

Derweil Herr Brügger, an den Sie Ihren Brief vom 10. Mai richteten, für Verständnis gegenüber der litauischen Forderung nach sofortiger Unabhängigkeit wirbt, neige ich zur Meinung, dass die baltischen Regierungen einen historischen Fehler von grosser Tragweite begangen haben. Meine Auffassung habe ich in einer früheren Nummer von Zeitbild (9/1990) etwas eingehender dargelegt. Sie scheint Ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein, weshalb ich sie hier beilege. Darüber hinaus nehme ich zu Ihrem Brief wie folgt Stellung.

Zunächst haben Sie völlig recht, dass die baltischen Staaten völkerrechtswidrig annektiert worden sind, dass 59 Staaten – darunter die Schweiz – diese Annexion de jure nicht anerkannt haben, dass die Anchlussklärungen der baltischen Parlamente an die Sowjetunion im Jahre 1940 unter Nötigung erfolgten und daher rechtsungültig sind, dass die Gewährung der Unabhängigkeit mithin die Rückführung in einen legalen Zustand bedeutet.

Nun ist aber zu berücksichtigen, dass das Völkerrecht nicht wie das Landesrecht durchsetzbar ist; dazu fehlen alle Voraussetzungen: 1. eine Legislative, die völkerrechtartige Gesetze erlassen kann (Weltparlament); 2. eine in ihrer internationalen Zuständigkeit anerkannte Exekutive, welche das Völkerrecht anwendet (Weltregierung); 3. eine Judikative, welche Recht nicht nur (wie der Internationale Gerichtshof im Haag) zu sprechen hat, sondern es (dank seiner Hoheit über eine internationale Polizeigewalt) auch durchzusetzen vermag. Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, bleibt das Völkerrecht eine Verhaltensregel, für deren Einhaltung vor allem moralische und rechtsstaatliche Überlegungen sprechen. Ihnen kann sich der Mächtigere leicht entziehen.

So ist einsichtig, dass ein erhärteter völkerrechtlicher Anspruch eines kleinen und schwachen gegenüber einem grossen und mächtigen Völkerrechtssubjekt nicht auf der rechtlichen Ebene durchgesetzt werden kann. Es ist wesentlich eine politische Frage. Das Nachgeben des grösseren Staates ist entweder Folge einer militärischen Niederlage – so kamen die von Nazideutschland annektierten Gebiete frei – oder einer Konzessionsbereitschaft aus Tugend (der Staat beugt sich dem moralischen Druck) oder aus Not (der Staat beugt sich dem politischen Druck z. B. von Alliierten des Kleinstaates).

Auf diese letzte Möglichkeiten spielen Sie an. Sie fordern eine geschlossene Haltung des Westens gegenüber dem Kreml. Es scheint Ihnen «sogar für den Westen recht heilsam zu sein, dass die Friedenschalmeien des Herrn Gorbatschow sich, wenn es sich

um Taten handelt und nicht nur um leere Worte, bald als der berühmte «Fetzen Papier» von Lenin herausstellen werden.»

Damit täuschen Sie sich auf zweifache Weise, und ich nehme den zweiten Irrtum voraus. Sie übersehen, welche enormen, noch vor fünf Jahren undenkbaren Fortschritte M. S. Gorbatschow im Rahmen der vorrangigen politischen Reformen in der Sowjetunion selbst erzielt hat. Hier muss ich mich mit einigen Hinweisen begnügen, könnte jedoch die nachfolgende Liste bedeutend verlängern: 1. Die Pressezensur ist faktisch aufgehoben; 2. die Partei hat auf das Monopol der Wahrheit verzichtet und kann dieses nicht mehr beanspruchen; 3. die KPdSU ist nicht mehr die einzige Partei und daher im Begriff, den Status der Staatspartei zu verlieren; 4. die Trennung zwischen Staat und Partei ist eingeleitet; 5. für Wahlen müssen mehrere Kandidaten aufgestellt werden; 6. die sowjetische Geschichte wird sachbezogen aufgearbeitet, und entsetzliche Verfehlungen werden eingestanden; 7. die Kulturschaffenden sind von den Fesseln des «sozialistischen Realismus» befreit worden; 8. den Kirchen – vorerst den christlichen – wird Verständnis entgegengebracht und Förderung zugestanden; 9. die Gesetzgebungsmaschinerie läuft auf hohen Touren und zeitigt Gesetze in der guten Richtung.

Dazu noch einige Hinweise auf die aussenpolitische Entspannung: 1. Der Rückzug aus Afghanistan ist vollzogen; 2. die Wirtschafts- und Militärhilfe an Kuba ist gedrosselt mit der nicht unwichtigen Folge, dass in Nicaragua ein Regimewechsel stattfinden konnte; 3. Gorbatschow hat den Sturz der dogmatischen Regime in Mitteleuropa aktiv gefördert.

Das sind unbestreitbare Fortschritte auf der Ebene der politischen Reformen. Mehr davon in dieser kurzen Zeit von vier Jahren zu verlangen wäre utopisch. Es grenzt bereits an ein Wunder, dass überhaupt so viel geleistet werden konnte. Im übrigen handelt es sich um einen Prozess, der nicht abgeschlossen ist, um eine Entwicklung, die sich im Fluss befindet. An der Fortsetzung des sowjetischen Reformkurses haben daher sämtliche Demokratien und alle Völker Ost-

und Mitteleuropas das grösste Interesse. Das hat der zweifellos unverdächtige tschechoslowakische Präsident Vaclav Havel bestätigt, als erforderte, dass Gorbatschow unterstützt werde.

Nun zu Ihrem ersten Irrtum, wonach Zurückhaltung gegenüber dem Kreml das falscheste sei, was der Westen tun könne. Genau das Gegenteil trifft in der heutigen Situation zu. Jede Belastung der schwierigen, in der Sowjetunion durchaus umstrittenen und von dogmatischen, nationalistischen, militärischen und bürokratischen Kräften bedrängten Position Gorbatschows ist ein tragischer Fehler. Ein solcher wurde von Litauen begangen, nicht in erster Linie mit der Unabhängigkeitserklärung, die schon im Herbst 1988 von allen baltischen Sowjetrepubliken angekündigt worden ist und von Moskau als Absichtserklärung hingenommen werden konnte und hingenommen worden ist. Vielmehr stellten die Mitte März getroffenen konkreten Massnahmen – Grenzkontrollen, Exportsperre für Lebensmittel, Ankündigung der Aufstellung einer eigenen Armee und eines Dienstverbots für Balten in der Roten Armee und dergleichen mehr – eine Herausforderung für Gorbatschow dar. Genau sie hat ihn in einen Teufelskreis versetzt.

Zu einem Zeitpunkt, da tiefgreifende Wirtschaftsreformen notwendig und möglich werden, da also Gorbatschow das ganze Gewicht seiner Person und seiner Fähigkeiten in die Waagschale werfen muss, um die Akzeptanz für teils gar drakonische Massnahmen zu fördern, gerät er wegen dieser Herausforderung in eine arge Klemme. Nimmt er sie nicht auf und gewährt er jetzt Litauen die Unabhängigkeit, so wird eine Kettenreaktion von Sezessionsbewegungen verstärkt: Estland und Lettland mit dem gleich guten rechtlichen Anspruch, die Ukraine, die Moldau sowie Georgien – von Aserbaidschan nicht zu sprechen – würden folgen. Das aber könnte der dogmatischen und nationalistischen Opposition gegen Gorbatschow das Übergewicht verleihen mit der möglichen Folge von Bürgerkrieg oder Ablösung der Reformkreise. Dies wiederum würde eine neue Phase der Repressionen – namentlich bei den Randvölkern der

Union – einleiten. Wem wäre dadurch schlechter gedient als den Balten?

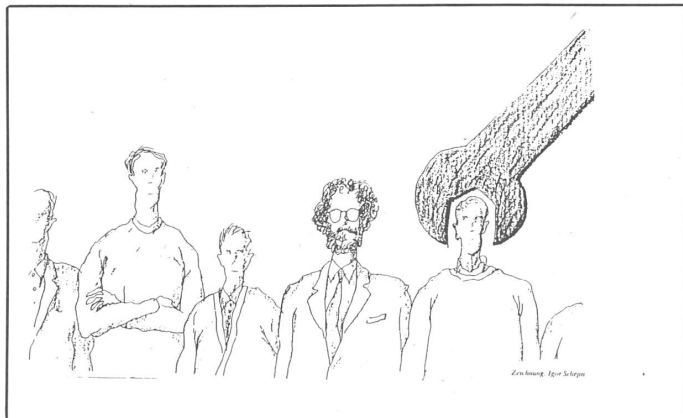
Die jetzige Haltung Gorbatschows bedeutet keineswegs, dass er nicht willens wäre, den Balten die Souveränität zurückzugeben. Ein starkes Indiz dafür sehe ich im Umstand, dass Gorbatschow dazu beigetragen hat, die ehemaligen Satelliten aus dem sowjetischen Einflussbereich zu entlassen. Dazu ist er bezüglich des Baltikums *jetzt* nicht in der Lage. Wenn er jedoch unangefochten die Wirtschaftsreformen hätte einleiten können, wären in etwa fünf Jahren merkliche Fortschritte erzielbar gewesen. Und dannzumal würde die Gewährung der Unabhängigkeit für die Balten kaum noch schwergewichtige Sezessionsbewegungen in andern Randvölkern auslösen.

Eben daran ist er nun gehindert. Er kann nicht in dem Masse und allenfalls militärisch im Baltikum intervenieren, wie das zur Aufrechterhaltung seiner innenpolitischen Glaubwürdigkeit als fähiger Steuerherrmann durch die sehr grosse Krise hindurch nötig ist, weil er sonst jegliches Ansehen im Westen verliert und die Reformbewegung als gescheitert beurteilt würde. Daher muss Gorbatschow versuchen, durch Konzessionen an die Dogmatiker eine Stärkung dieser Opposition zu verhindern. Die Anzeichen fehlen nicht: Das scharfe Zirkularschreiben des ZK der KPdSU könnte Verbote einer Säuberung der Partei von liberalen Elementen sein, und das neue Gesetz über das Prozedere bei einer Sezession dient deren Verhinderung und entspricht aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der Absicht Gorbatschows.

Die Balten haben – aus emotional verständlichen Gründen – die politische Grosswetterlage unberücksichtigt gelassen. Da sie ihre Souveränität bei keinem Gerichtshof einklagen können, der ihren Anspruch auch durchzusetzen vermöchte, hätten sie die politischen Umstände und Bedingungen mit in Rechnung stellen müssen. Das nicht getan zu haben ist ein tragischer Fehler mit schwerwiegenden Folgen. Zwar konnten sie ihre Gesinnung bekunden und mit ihnen auch breite Kreise im Westen; müsste es uns aber im Interesse der baltischen Völker nicht viel mehr um die Wirkung gehen? Politik soll sich am Wünschbaren orientieren, aber sie bleibt eine Kunst des Möglichen.

Natürlich bin ich mir bewusst, dass der hohe Differenzierungsgrad als Voraussetzung einer sachlichen Beurteilung teils überfordernd ist, teils Emotionalitäten und Fanatismen nicht zu neutralisieren vermag. Schlimmstenfalls wird deshalb ein weiterer Umweg eingeschlagen, der dann wenigstens als Lehrbeispiel dafür dienen wird, dass ein stärker auf die rationale Beurteilung abgestütztes Handeln solche Umwege künftig besser vermeiden kann. Offenbar benötigen Volksmehrheiten lange und negative Erfahrungen, um zu besseren Einsichten zu kommen.

(Fortsetzung auf Seite 11)



«Neue Zeit»,
Moskau,
Nr. 10/1990

beim Schichtwechsel für eine Viertelstunde miteinander reden konnten, kam es wohl etwa vor, dass wir laut über solche Dinge nachdachten. Später arbeitete er als Heizer und schrieb sein Buch «Träumereien über Europa». Die Freunde der Vernunft schüttelten verständnislos ihre währschaftigen Köpfe. «Was nützt es einem Heizer, Hirngespinnste über die Zukunft zu schreiben?» fragten sie sich. «Beeinflussen kann er sie ja doch nicht, es sei denn so, dass er sich selber neue Scherereien einhandelt.»

Dann aber geschah das Aussergewöhnliche: die Beschleunigung der Zeit. Innerhalb von Stunden ereignete sich nunmehr so viel wie zuvor innerhalb von Jahren, und alles änderte sich in einer verblüffenden Rasananz. Das Unmögliche realisierte sich, aus dem Traum wurde die Wirklichkeit. Und die Träumereien unseres Heizers verwandelten sich in den Arbeitsalltag eines Aussenministers.

Demgegenüber haben die Anhänger der Vernunft nun dreierlei Verhaltensweisen entwickelt. Die einen halten sich still und warten auf die Anzeichen von Verschlechterung als Beweis dafür, wie recht sie mit ihrem nihil-

stischen Befund doch hatten. Die andern überlegen sich, wie man ausgewogene Pragmatiker auf die Träumer ansetzen könnte, um diese aus ihren Ämtern zu vertreiben. Und dann gibt es noch die Dritten, die unbeschwert verkünden, nun sei genau das geschehen, was eines Tages habe kommen müssen, wie sie schon immer gewusst hätten.

Nun erzähle ich Ihnen, meine Damen und Herren, von meinen Erfahrungen nicht deshalb, um mich vor diesem Forum über meine Mitbürger von der angeblich vernünftigen Sorte lustig zu machen. Nein, ich will Ihnen bloss zeigen, dass es nicht unnütz ist, auch über Möglichkeiten nachzudenken, die zur gegebenen Zeit müssig, unwirklich oder verstiegen scheinen.

Gewiss kann man einen Träumer normalerweise nicht gut fragen: «Was bezweckst du mit deinen Träumen?» Man träumt nicht zielgerichtet, sondern einfach so, aus einem Grundbedürfnis heraus. Und doch: Zuweilen macht es die Geschichte so, dass das Träumen als Grundvorstellung seinen praktischen Nutzwert erhält und uns den guten Dienst erweist. ■



Vaclav Havel (Bild: IGF, Frankfurt)

Brief und Antwort

(Fortsetzung von Seite 9)

Unser Einsatz über mehr als vier Jahrzehnte dient dem Nachweis, dass die Zukunft keineswegs determiniert ist und vernünftig gestaltet werden kann. So haben wir vermutlich wenig beigetragen zur Überwindung des kommunistischen Totalitarismus, aber es erweist sich heute als unübersehbar, dass unsere Analysen richtig waren und wirkungsvollere Haltungen bewirkt hätten. Ironischerweise wird das just von den Reformern in Moskau eher als im Westen anerkannt.

Sie werfen dem Westen Feigheit vor und weisen auf das Versagen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei hin. Sie hätten auch noch die DDR 1953 und Afghanistan 1979 anführen können. Aber war es Feigheit der Regierungen? Glauben Sie, Volksmehrheiten in den Demokratien wären in letzter Konsequenz zu einer militärischen Aktion in der Sowjetunion bereit gewesen, da doch verbale Bitten und Warnungen nichts fruchteten? Waren denn damals westliche Ermutigungen an die mitteldeutschen Arbeiter und Jugendlichen 1953, an das ungarische Volk 1956 oder an die tschechoslowakischen Völker 1968 zu verantworten, da doch klar war, dass kein westlicher Staat solchen Worten auch Taten konkreter Unterstützung hätte folgen lassen können? Es fehlt gewiss nicht an der Bekundung hehrer Gesinnung, sondern am Erlass wirksamer Massnahmen. Wären denn Ermutigungen, die sie jetzt für die Balten fordern, nicht verantwortungslos?

Wir haben damals keine solchen Ermutigungen gefordert, sondern eine geschlossene Haltung der offenen Gesellschaften gegenüber einem sowjetischen Regime. Wäre sie eingenommen worden, so hätte sie zu einem früheren Einsetzen des Reformkurses führen können. Jetzt ist auch in Moskau auf den Reformkurs eingeschwenkt worden. Diese Tatsache zwingt den Westen zu einer andern Verhaltensweise.

Das wäre auch zu bedenken. Und weil ich um Ihre grundsätzlich positive Einsatzbereitschaft und um Ihre Unterstützung weiss, habe ich mir Zeit zu einer Begründung meiner Haltung in Ergänzung dessen, was ich im Zeitbild geschrieben habe, gerne genommen.

Mit freundlichem Gruss

Peter Sager